

**(Abgeordneter Uhlig.)**

(A) Buche „Die Frau und der Sozialismus“, in dem er für eine systematische Kolonisation dieser weiten, unbenutzt gebliebenen Strecken eintritt, und zwar zu dem Zwecke, die Ernährung der Menschen sicherzustellen und zu erleichtern, in der Absicht durch die Vermehrung des Nahrungsreichtums eine Grundlage für die Befreiung der Menschheit von der Not, eine Grundlage für die Gewinnung höchster Kultur für die Menschheit zu schaffen. Und er hat dabei nicht Halt gemacht an der Kolonisation der deutschen Bodenflächen, sondern er hat diese Aufgabe als eine internationale Aufgabe aufgefaßt — nicht im Sinne etwa des Imperialismus, nicht im Sinne der Völkerausbeutung, sondern im Sinne der sozialen Solidarität der Völker.

Meine Herren! Zu diesem nationalliberalen Antrage möchte ich kurz eine Bemerkung machen über die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Seyfert. Er hat es als ein besonderes Verdienst der Hohenzollern bezeichnet, daß sie für eine Stärkung des kleinen und mittleren Bauerntums gegenüber dem Großgrundbesitz gewirkt haben. Damit hat der Herr Kollege Dr. Seyfert aber historisch durchaus eine mindestens falsche Auffassung bezeugt. Denn es ist eine alte Tatsache, daß die Hohenzollern viel eher für das Großgrundbesitzertum, für das Junkertum und gegen das Kleinbauerntum gewirkt haben.

(B) (Zuruf in der Mitte: Stimmt nicht!)

In einer Schrift des preußischen Staatsarchivars Roser wird davon gehandelt, daß der Kurfürst Joachim II. dauernd in Geldnöten gewesen sei, und es heißt dann darüber weiter:

„Die Landschaft bewilligte nach langen Debatten schließlich immer von neuem rettende Gelohilfen und ließ sich ihre Freigebigkeit reichlich bezahlen. Joachim II. hat in seinen Reversen der kurmärktischen Ritterschaft für die Ausbildung ihrer Gutsherrlichkeit über die Bauern so viel bewilligt, daß seinen Nachfolgern nichts mehr hinzuzufügen blieb.“

Ich will mich mit diesem Zeugnis begnügen, mit diesem Zeugnis eines in preußischen Diensten arbeitenden Mannes, ohne mich weiter auf Einzelheiten einzulassen, die ich in tatsächlicher Beziehung noch anführen könnte.

Bei dieser Gelegenheit will ich auch gleich auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Barth, die auch von dem Herrn Abgeordneten Schreiber wiederholt worden ist, gegen meinen Fraktionsfreund Sindermann eingehen. Dieser soll gesagt haben, daß 1813 es nur die Arbeiter gewesen seien, die den kossischen Eroberer bezwungen hätten. Daß es nur Arbeiter gewesen sein sollen, hat mein Freund Sindermann nicht gesagt. Er hat hervorgehoben, daß die Arbeiter daran beteiligt waren; daß naturgemäß auch

Bauern daran beteiligt waren, ist selbstverständlich. Die Bauern, die damals ihr Blut geopfert haben, sind genau so wie die Arbeiter hinterher die Genarrten und Geprellten gewesen.

(Sehr richtig! links.)

Es waren eben die arbeitenden Stände, das wollte mein Freund Sindermann sagen, die dem König von Preußen, als ihm die schlesischen Regimenter nach der Schlacht bei Leipzig vorgeführt werden sollten, so wenig willkommen waren wegen ihres proletarischen Aussehens, daß er sich von ihnen sogar abgewandt hat.

Meine Herren! In dem konservativen Antrage befindet sich eine Stelle, die eigentlich, ich möchte sagen, bald nationalliberal anmutet, ihrer Unbestimmtheit wegen nämlich. Es wird darin gefordert:

„Jedwede in Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesamtheit nicht gebotene Beeinträchtigung des kleineren und mittleren bäuerlichen Grundbesitzes zu verhindern.“

Was ich daraus machen soll, weiß ich nicht recht. Aber ich möchte betonen, daß die konservative Politik bisher das Gegenteil getan hat. Ich möchte auch auf die Jagdpolitik aufmerksam machen, die der Herr Abgeordnete Barth hier angeführt hat. Ich möchte darauf hinweisen, daß ich im vorigen Landtage vergeblich versucht habe, die Petitionen der Bauerngemeinden zur Geltung zu bringen und dafür zu sorgen, daß ihren Klagen über den Wildfraß usw. abgeholfen werde. Ich habe damals tauben Ohren gepredigt.

(Abgeordneter Greulich: Stimmt nicht!)

Ich meine, ich habe damals vergeblich verlangt, daß die Petition der königlichen Staatsregierung zur Erwägung überwiesen werden sollte, aber die Mehrheit der Kammer hat dafür gestimmt, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Es ist allerdings damals auch von einigen aus Ihren Kreisen lebhaft Opposition, besonders von dem Herrn Kollegen Greulich, dagegen erhoben worden; besonders auch schwere Anklagen gegen den Landeskulturrat sind erhoben worden. Aber so viel steht fest, daß gerade durch den Wildfraß und gerade durch die infolge agrarischer Einflüsse im Bürgerlichen Gesetzbuch gewährte Freßfreiheit der Hasen die Beeinträchtigung der kleinen und mittleren bäuerlichen Grundstücke außerordentlich gefördert worden ist, die nun durch diesen Antrag mit einem Male bekämpft werden soll.

Es ist mir sehr wichtig gewesen, daß hier von dem Herrn Kollegen Barth auch eine Reform des Landeskulturrats wenigstens indirekt gefordert worden ist, die auch von unserer Seite vergeblich gegen Ihren Willen, in diesem